

Ist die Demokratie in Zeiten sinkenden Wohlstands noch zukunftsfähig?

von Otfried Höffe

Die demokratische Staatlichkeit steht vor umfassenden Herausforderungen. Vor allem die heterogen bedingte Wahrscheinlichkeit einer stagnierenden oder gar rückläufigen Wirtschaftsentwicklung scheint die Existenzgrundlage der westlichen freiheitlichen Systeme zu untergraben. Beginnend mit skeptischen Argumenten, die nahe legen, dass die Demokratie als solche keine Wohlstandszunahme verspricht, wird die Gegenfrage nach der tatsächlichen Gefährdungslage gestellt. Ferner werden Grundeinstellungen und denkbare Strategien behandelt, um auf dieser Basis zu eruieren, ob sich die Demokratie noch durch die erforderliche Zukunftsfähigkeit auszeichnet. Schließlich sollen Alternativen zum Lebensziel des materiellen Wohlstandes skizziert werden.

Democratic statehood is faced with far-reaching challenges. The heterogeneously caused probability of stagnant or even receding economic development seems to undermine the foundations of liberal Western democracies. Beginning with sceptical arguments which imply that democracy by itself does not promise an increase in wealth, this paper continues by asking the opposite question: what are the real dangers to democracy? In addition, basic stances and potential strategies are discussed in order to determine whether democracy is capable of adaptation and thereby of continued existence. In conclusion, alternatives to the life aim of material wealth shall be sketched out.

I. Einleitung

Dass Staaten in eine Krise geraten, ist zwar kein alltägliches, aber auch kein exceptionelles Phänomen. Exceptionell ist erst, dass jene Form eines Gemeinwesens, die im Laufe der Neuzeit zur beherrschenden Gestalt avanciert, die Staatlichkeit (in der Regel: Territorialstaatlichkeit) kriselt. Der seriöse Betrachter sieht zwar keine globale Krise der Staatlichkeit, denn die westlichen Gemeinwesen dürften von ihr weitgehend verschont sein. Allenfalls die Attraktivität der Europäischen Union könnte man für ein Krisenzeichen halten. Denn zum Wunsch, dieser politischen Einheit beizutreten, gehört, ob gewollt oder nur in Kauf genommen, der Verzicht auf gewisse Anteile einzelstaatlicher Souveränität. Offensichtlicher zeigt sich die Krise der Staatlichkeit bei den vielen Gemeinwesen, auf die der Ausdruck „Gemeinwesen“ gar nicht so recht passt, da von der im Aus-

druck „Gemeinwesen“ anklingenden Gemeinsamkeit oder gar von Gemeinwohl keine Rede sein kann. Auch wenn diese Einheiten völkerrechtlich „Staaten“ heißen mögen, sind sie in Wahrheit Staaten, denen fast alle Merkmale funktionierender Staatlichkeit fehlen, weshalb man sie „*failed states*“ nennt, was man durchaus mit „Un-Staaten“ übersetzen darf.

Selbst die westlichen Gemeinwesen sind nicht von jeder Krisenhaftigkeit frei. Zumindest ist ihre Staatsform, die Demokratie, nicht mehr unangefochten. Zu den Gründen gehört eine teils befürchtete, teils schon reale Abnahme materiellen Wohlstandes. Durch das Aufsteigen wirtschaftlicher Großkonkurrenten wie China und Indien und wegen der Aufgabe des Klimaschutzes, die ein bislang dominantes Leitziel, stetes Wirtschaftswachstum infrage stellt, also aus dem Zusammenspiel zweier heterogener Ursachen, können die westlichen Demokratien nicht mehr mit einem immer noch wachsenden Wohlstand rechnen. Vermutlich müssen sie sich sogar auf sinkenden Wohlstand einstellen. Daher die Titelfrage: Ist die Staatsform Demokratie trotzdem, selbst in Zeiten sinkenden Wohlstands, zukunftsfähig?

Lange Zeit hatten Pessimisten leichtes Spiel. Wohin sie auch schauten – überall nahmen sie eine kriselnde Demokratie wahr. Der Pessimismus machte sich schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise breit. Heute, in der Krise, hätte er sich verstärken müssen. Denn vielerorts bindet man die Demokratie an das Versprechen wachsenden Wohlstandes, versteht den Wohlstand nur materiell und misst ihn pekuniär. Sollte das Wirtschaftswachstum ausbleiben und in seinem Gefolge die Zunahme materiellen Wohlstandes, so müssten die Chancen der Demokratie schlecht stehen. Meine Frage: Trifft die teils nur behauptete, teils praktizierte Bindung an das Versprechen wachsenden materiellen Wohlstandes tatsächlich zu?

Meine Antwort erfolgt in fünf Schritten. Ich beginne mit skeptischen Argumenten, die sich auf die Gegenthese belaufen: Die Demokratie als solche verspricht keine Wohlstandszunahme. Sodann stelle ich die Gegenfrage, was die Demokratie heute denn tatsächlich gefährdet. Als Drittes frage ich, nach Grundeinstellungen, nach Strategien für Zukunftsfähigkeit und als viertes, ob sich die Demokratie noch durch die erforderliche Zukunftsfähigkeit auszeichnet. Im Ausblick skizziere ich Alternativen zum Lebensziel materiellen Wohlstandes.

II. Demokratie verspricht keine Wohlstandszunahme

Gegen die angebliche Wohlstandsbindung sprechen drei grundverschiedene Argumente: semantisch der Begriff der Demokratie, normativ die Gerechtigkeit und empirisch die Alltagserfahrung.

Das semantische Argument ist so bekannt, dass die bloße Erinnerung genügt. Ich entwickle es anhand eines Modells, das sich aus zwei Dimensionen aufbaut und „aufgeklärt liberal“ heiße. Es versucht, die Errungenschaften der liberalen Demokratie zu bewahren, liberalistischen Engführungen aber zu entgehen und den Kern des republikanischen Modells, eine breite Bürgerpartizipation, zu integrieren.

Weil ein Gemeinwesen öffentliche Gewalten braucht, hat es Herrschafts- und zugleich Staatscharakter. Dessen Rechtfertigung unternimmt die *erste* Dimension der Demokratie mit zwei Argumenten: Nach der formalen, herrschaftsetablierenden Legitimation geht die Herrschaft von den Betroffenen aus. Nach der materialen, herrschaftsnormierenden Legitimation muss die Herrschaft den Betroffenen, den Rechtsgenossen, zugute kommen. Für dieses „*government*“ nicht bloß „*of the people*“, sondern auch „*for the people*“ dienen zwei Leitaufgaben, die Friedenssicherung nach innen und außen und die mit den Menschenrechten anhebende politische Gerechtigkeit.

Wird die Herrschaft von den Rechtsgenossen, dem Volk, nicht bloß legitimiert, sondern auch ausgeübt, so entsteht die *zweite* Dimension, eine herrschaftsausübende Demokratie. Hier findet die gewöhnliche demokratische Politik statt, ihre Auseinandersetzung um Sachgeschäfte und Personen. Die formale Vollendung erreicht die Demokratie in ihrer partizipativen Gestalt. Sie beginnt mit einer politischen Öffentlichkeit, in der die Bürger auch dort als Träger der Politik agieren, wo sie nicht direkt wählen oder entscheiden. Sie setzt sich im weiten Feld der Zivil- bzw. Bürgergesellschaft fort. Schon von *Platon* (*Politeia*, Buch VIII, 555b ff.) und *Aristoteles* (*Politik*, Buch III, 1279b.), später *John Stuart Mill* befürchteten demokratische Auswüchse: eine ungebremste Machtausübung nur der Armen und Unwissenden. Um sie zu verhindern, trägt ein demokratiefunktionaler Sozialstaat dafür Sorge, dass möglichst alle Bürger die empirischen Voraussetzungen von Demokratiemündigkeit erreichen.

So weit mein Blick in elementare Staatsbürgerkunde. Er führt zur ersten These, dass sich die Staatsform des Westens primär als liberale und soziale, nicht als wohlstandsmehrende Demokratie versteht. Die Hebung des Bildungsniveaus ist ihr daher wichtiger als eine materielle Besserstellung. Denn diese könnte ledig-

lich den Konsum steigern, zugleich das Interesse am Gemeinwohl schwächen. Politisch mündige Bürger brauchen jedenfalls materiell nicht viel; ihnen genügt ein elementares Auskommen.

Mein zweites, ein Gerechtigkeitsargument, beruft sich auf die Grundsätze der immer noch bedeutendsten Gerechtigkeitstheoretiker: Nach *John Rawls' Theory of Justice* genießt der Kern der liberalen Demokratie, das System der Freiheitsrechte, den absoluten Vorrang. Erst danach kommt die Chancengerechtigkeit; das Recht der Schlechtestgestellten, von wirtschaftlichen Ungleichheiten zu profitieren, steht am Ende. Ein Recht auf zunehmenden Wohlstand dagegen sucht man vergeblich. Stattdessen erklärt *Rawls* provokativ, an materiellen Gütern benötigt eine freiheitliche Demokratie wenig.

Mein drittes, empirisches Argument ist bescheiden; es begnügt sich mit der Alltagserfahrung eines schlichten Bürgers: Keiner darf die Tragweite der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise herunterspielen. Im Gegensatz zur ersten Reaktion, einer Abwiegelungsstrategie zahlreicher Fachleute schlug die Finanzkrise wie ein sozialer Tsunami zu, mit kaum absehbaren Folgen für Arbeitsplätze und Wertpapierguthaben, für Ausfallbürgschaften, Kreditchancen, Steuereinnahmen und die Zukunftspläne vor allem der Jugend. Trotzdem war die Demokratie in keinem Augenblick ernsthaft gefährdet. Da die Bürger sahen, dass die Politik die Krise ernst nahm, sie nicht bloß als innerökonomisches Problem behandelte und den Sachverstand über Parteigrenzen hinweg suchte, entwickelten sie, was für ein hohes Vertrauen in die Demokratie spricht: sie bewiesen politische Besonnenheit und Gelassenheit.

Einer weltweiten Studie zufolge, in den Medien zum 20. Jahrestag des Mauerfalls veröffentlicht, ist eine Bevölkerungsmehrheit mit dem Kapitalismus unzufrieden. Studienchef *Doug Miller* kommentierte die Umfrage mit den Worten: „Offenbar war der Fall der Berliner Mauer 1989 doch kein so überzeugender Sieg für den Kapitalismus“¹. Dieser Kommentar beruht auf einer offensichtlichen Fehleinschätzung. DDR-Bürger, Polen, Tschechen und andere mögen auf westlichen Wohlstand gehofft haben; vielen geht es auch materiell besser. Zu Fall kam die Mauer aber, weil man in der DDR endlich die Diktatur samt Stasi- und Spitzelstaat sowie Reiseverbot überwinden und das „einige Volk“ sein wollte. Man verlangte nicht nach Kapitalismus, sondern nach freiheitlicher Demokratie.

1 Welt kompakt v. 10.11. 2009, 8; auch Frankfurter Rundschau v. 09.11. 2009, online unter http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/2070389_BBC-Studie-zum-Kapitalismus-Die-Systemfrage.html.

III. Was gefährdet die Demokratie heute?

Folgende Leitthese dürfte unstrittig sein, all ihre demokratietheoretischen Folgen aber nicht: Eine Politik, die drohende Übel erst erkennt, wenn sie sich deutlich zeigen, verletzt ihre Grundaufgabe. Ebenfalls verletzt sie ihre Aufgabe, wenn sie, statt Chancen rechtzeitig zu ergreifen, ihr Gemeinwesen für Innovation und Kreativität nicht offen hält. An den Pflock des Augenblicks nicht gebunden, lebt der Mensch nämlich aus der Vergangenheit und im Blick auf die Zukunft. Notgedrungen erwartet er von der Politik, dass sie sich darauf einstellt, also für die Zukunft eine facettenreiche Verantwortung übernimmt und dafür aus der Vergangenheit lernt.

Eine Gesamtverantwortung für die Zukunft darf man freilich man niemandem, auch der Politik nicht aufbürden. Weil noch andere Faktoren hereinspielen, so etwa Sachgesetzmäßigkeiten und die Politik anderer Gemeinwesen, wird die Politik nie Herr über die Zukunft. Mit gutem Grund erwartet man keine Gesamtverantwortung, jedoch eine Elementar- und Rahmenverantwortung.

Einer Politik, die drohende Übel erst spät erkennt, mangelt es nicht bloß an Verantwortung. Weil sie ihre Machtgrundlage gefährdet, fehlt es ihr auch an Klugheit. Daher ist zu fragen: Wie kann die Politik, wie kann unsere Demokratie eine Zukunftsfähigkeit entwickeln, mit der sie ihrer Verantwortung vor den Bürgern gerecht wird und zugleich ihre Existenzgrundlage, die Macht, sichert?

Zweifellos besitzen Demokratien im Vergleich mit Nichtdemokratien einen Legitimationsvorsprung. Ihre Herrschaft von Menschen über Menschen rechtfertigen sie nämlich von den Betroffenen her. Und dieses Grundelement hat weder seinen Faszination noch seine normative Gültigkeit verloren: eine politische Ordnung, in der die Menschen ihre gemeinsamen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, sich damit die Verantwortung für ihr Zusammenleben aufladen und auf diese Weise zu gleichberechtigten Mitgestaltern, zu Bürgern im emphatischen Sinn, werden.

Folgerichtig finden sich über die Grundbedingungen der Demokratie keine ernsthaften Klagen, weder über regelmäßige Wahlen und öffentliche Debatten noch über Recht und Menschenrechte, auch nicht über die Marktwirtschaft, sofern sie in einen Sozialstaat eingebunden ist. Niemand in Deutschland sehnt sich nach der nationalsozialistischen Diktatur, in den neuen Bundesländern niemand nach dem Stasi- und Spitzelstaat, nach Reiseverbot und Zensur zurück. Enttäuscht ist man jedoch über zweierlei, über eine wohlbestimmte Politisierung und darüber, dass die politisierte Politik in eine vom Volk abgehobene Sphäre auswandert. Bei

der Politisierung sind mehrere Stufen zu unterscheiden: Für die Politisierung in einem weiteren Verständnis sieht der Blick in die Geschichte sowohl einen zunehmenden als auch einen abnehmenden Einfluss. Für die Neuzeit kann man stark vereinfachend drei Phasen benennen: In der ersten Phase, im Absolutismus, erreicht die Politisierung einen Höhepunkt. Bei der schrittweisen Überwindung des Absolutismus und dem Siegeszug der liberalen Demokratie findet, zweitens, eine Depolitisierung statt. Der schließliche Ausbau des Sozialstaates, sogar Fürsorgestaates führt dagegen eine Repolitisierung mit sich.

Achten wir auf eine Besonderheit der liberalen Demokratie, ihre Selbstverpflichtung auf eine wohlbestimmte Nichteinmischung, so führt die zweite Phase, die Depolitisierung, zu einem Fast-Nullzustand. Die Verfassungen liberaler Demokratien sagen nämlich lapidar: Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen Bekenntnisses sind unverletzlich; die Presse ist frei, eine Zensur findet nicht statt; Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Ohne diese Freiheiten zu verletzen, regieren aber auch liberale Demokratien in diese Bereiche hinein. Sie bestimmen nämlich deren Rahmenbedingungen, bei Religionsgemeinschaften zum Beispiel deren öffentlich-rechtlichen oder aber privatrechtlichen Status, ferner über staatliche Zuschüsse oder aber Nichtzuschüsse zu Schulen und Sozialwerken. Im Bereich der Bildung und Ausbildung entscheidet die Politik über eine Schulpflicht und deren Dauer sowie über eine etwaige Pflichtschule. Vielerorts betreibt die öffentliche Hand Bibliotheken, Theater und Museen, Hochschulen, Volkshochschulen und Forschungseinrichtungen. Nicht zuletzt bestimmt der Staat die Rahmenbedingungen der Wirtschaft.

In all diesen Hinsichten ist vor allem in sozialen Demokratien der Einfluss der Politik enorm. Hinzukommen die permanente Gesetzgebung und eine Entwicklung, die die kritische Bezeichnung "Imperialismus der Politik" verdient: dass die Politik in immer mehr Lebensbereiche herein expandiert. Und die Expansion noch mit einem an dichte zunehmenden Einfluss verbindet. Glücklicherweise gibt es eine kräftige Gegenbewegung, die Bürgergesellschaft. Durch Individualismus und Engagement ausgezeichnet, ferner durch Partizipation, Vertrauen und wenig Bürokratie, wendet sich die Bürgergesellschaft gegen einen Staat, der die Bürger zu gängeln neigt und dabei nicht nur seine Legitimation überdehnt, sondern auch sich selbst vorhersehbar überfordert.

Mit jener Politisierung, über die man enttäuscht ist, mit der Politisierung im engsten Verständnis, ist schließlich die gewachsene Macht der Berufspolitiker als Parteipolitiker gemeint. Zum Beispiel entscheiden parteipolitische Gremien

über das Führungspersonal anderer Gesellschaftssysteme: über die Spitzen der Ministerien, selbst der Justiz, über die Leitung von Bundes- und Landesbehörden, von Finanz- und Polizeipräsidiolen, von Landesbanken und der Bundesbank, von Rundfunk- und Fernsehsendern, von Lotto- und Toto-Gesellschaften, selbst von landeseigenen Firmen wie einer Brauerei. Hier von kurzfristigen parteipolitischen Vorgaben abhängig, droht die Staatsform, die auch als Kontroll- und Beschränkungssystem entworfen wurde, eben die Demokratie, zum Machtinstrument der jeweils eigenen Klientel zu degenerieren.

Zusätzlich entsteht ein Netz von Gefälligkeiten, das teils der noch harmlosen Devise folgt: „Tust Du etwas für mich, tue ich etwas für Dich“, teils aber dem das Recht untergrabenden Grundsatz: „Drückst Du bei nichtkoscherem Verhalten ein Auge zu, bin ich ebenfalls nachsichtig.“

An der schleichenden Politisierung, augenfällig bei der Besetzung von Spitzenämtern, beteiligen sich so gut wie alle Parteien. Deshalb taugt diese Unterhöhung der Demokratie kaum als Wahlthema, allenfalls auf kommunaler Ebene ist es dafür geeignet. Trotzdem gibt es eine Möglichkeit, die Übermacht der Parteien zu dämpfen und die Macht der entmachteten Staatsbürger zu erhöhen. Sie besteht in einer Stärkung der direkten Demokratie. Diese Möglichkeit wird aber vielerorts verhindert, in Deutschland nicht nur durch Verfassungsvorgaben, sondern auch durch die in ihrem Einfluss bedrohten Funktionselitens.

An die erste Enttäuschung, über die Politisierung im engsten Verständnis, schließt sich die zweite Enttäuschung nahtlos an: Statt des Volkes Berufspolitiker herrschen, die, von Parteiführungen organisiert, Gesetzmäßigkeiten folgen, denen man die eigentliche Aufgabe, der bloß dem Gewissen verantworteten Vertretung des Volkes, zu wenig ansieht. Eine (ehemalige?) Volkspartei will den Kern des Abgeordnetenmandats, die Verantwortung nur dem Gewissen, durch ein imperatives Mandat aushebeln. Zwei andere Parteien verstärken in ihrem Regierungsprogramm die direkte Demokratie. Sobald das Volk sich aber der Regierungspolitik, beispielsweise einer Schulreform, widersetzt, setzt man sich über des Volkes Meinung zynisch hinweg. Hinzukommt, dass allzu viele Ämter nicht bloß nach Fachkompetenz, sondern auch nach Parteizugehörigkeit vergeben werden: die Spitzen der Bürokratie, der Regierungspräsidien und anderer Landes- oder Bundesbehörden, die Spitzen von Fernsehanstalten, selbst von Toto-, Lottogesellschaften und einer landeseigenen Brauerei, ohnehin die höchsten Richter. Hier trifft das generelle Wort zu: Macht korrumpiert; demokratische Macht korrumpiert die Parteien.

Die Konsequenz ist vorhersehbar und lässt doch den privilegierten Teil des Volkes, die Parteien, unberührt: Einer bundesweiten Befragung zufolge ist das Vertrauen in politische Parteien alarmierend gering. Auf die Bundesregierung vertrauen doppelt so viele, noch mehr auf den Bundestag, wieder mehr auf die Bundeskanzlerin. Und weil sich den Spitzenplatz des Vertrauens zwei den Tagesquerelen entthobene Institutionen teilen, das Bundesverfassungsgericht und der Bundespräsident², sollten die Parteien wieder Unterricht in Staatsbürgerkunde nehmen. Sie sollten lernen, ihre Querelen nicht so genüsslich zu zelebrieren, dass die Bürger hinter dem unvermeidlichen Machtkampf die Sorge für das Gemeinwesen vermissen. Dass das Vertrauen dann sinkt, spricht nicht gegen die Demokratiebereitschaft der Bürger, sondern gegen eine abgehobene, fast schon autistische „Politikerkaste“. Hinzu kommt eine hohe PR-Fähigkeit, die sich nicht selten dem Betrug annähert. So führt man eine Ökosteuer auf Benzin ein, ohne einen erheblichen Teil dem CO₂-schonenden Schienenverkehr zu überlassen.

Für eine gesunkene Zustimmung dürfte allerdings noch ein anderer Grund mitverantwortlich sein, eine verzerrende Wahrnehmung. Das einschlägige psychologische Phänomen, die „evaluative Diskontierung“, lässt sich kaum vermeiden: Werden Dinge selbstverständlich, in einer Demokratie eine unparteiliche Justiz und eine weithin korruptionsfreie Verwaltung, die Anerkennung der Grundrechte und ein trotz verdienter Feinkritik hochrangiges Presse-, Bildungs- und Gesundheitswesen, so verlieren sie an subjektiv erlebtem Wert. Dass eine Demokratie trotz der gewaltigen Staatsverschuldung ihre Aufgaben immer noch ziemlich gut erfüllt, wird in Umfragen kaum honoriert.

Nur so im Vorübergehen darf man die Staatsverschuldung freilich nicht behandeln. Hier liegt eine kollektive Willensschwäche vor, die dem Gemeinwesen enorm schadet. Denn längst lässt die Staatsverschuldung die Möglichkeit öffentlicher Investitionen, mittlerweile sogar die öffentlichen Dienstleistungen schrumpfen. Mangels Sicherheitskräften ist beispielsweise der Schutz eines elementaren Rechtsgutes, des Rechts auf Leib und Leben, in öffentlichen Verkehrswegen und in öffentlichen Verkehrsmitteln gefährdet.

Fehlt es an Finanzmitteln, so drängt sich eine mehr symbolische Politik in den Vordergrund. Man debattiert über sekundäre Themen, die bald versanden, neue „Ablenkungsdebatten“ erfordern und eine Hektik der Politik zur Folge haben, die

2 Vgl. *Infratest dimap*: DeutschlandTREND November 2006: Ein Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen, online unter <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0611.pdf>, 6.

die unerlässliche Kultur sorgfältiger Debatten aushöhlt. Zugespitzt: Man redet viel und bewegt wenig.

Andernorts droht die Gegengefahr. Man setzt Strukturreformen übereilt in Gang, führt sie ohne *esprit de finesse* durch und erreicht am Ende das Gegenteil des Geplanten. Ein gutes Beispiel bietet der Bologna-Prozess in den Hochschulen: Sowohl die innerstaatliche als auch die internationale Mobilität haben abgenommen, das Studium dauert länger und die Abbrecherquote ist gestiegen. Oder: Die PR-begabte Politik überzieht die Hochschulen mit einer „Exzellenzinitiative“, die vom Hauptproblem, der chronischen Unterfinanzierung, genial ablenkt.

Man könnte der Kritik an enormer Staatsverschuldung entgegenhalten, die Tragweite des Themas sei erst spät erkennbar gewesen. In Wahrheit ist die Staatsverschuldung in einem langen Prozess gewachsen, in dessen Verlauf vielfach gewarnt wurde. Schon vor fast vier Jahrzehnten hat *John Rawls* in seiner *Theory of Justice* (§ 44) aus Gerechtigkeitsgründen, von jeder Generation verlangt, nicht nur die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation und die gerechten Institutionen zu bewahren. Sie habe auch eine angemessene Kapitalakkumulation zu betreiben. Die zuständige gerechte Sparrate ist zwar schwer zu bestimmen. Eine Staatsverschuldung, deren Schuldzinsen mittlerweile mehr als 15 % der öffentlichen Haushalte verschlingt, dürfte aber den Gerechtigkeitsgrundsatz offensichtlich verletzen.

Eine Demokratie, die drohende Übel erst erkennt, wenn sie sich deutlich zeigen, verletzt die Grundaufgabe jeder Politik. Nach diesem Kriterium ist unserer Demokratie, ist der damaligen Speerspitze politischer Neuerung, den ökologischen Bürgerinitiativen samt den intellektuellen Wortführern (einschließlich *Hans Jonas'* Prinzip Verantwortung) und den meinungsbildenden Medien, „Versagen durch Verdrängen“ vorzuwerfen. Statt ihr eigenes Kriterium, die Nachhaltigkeit, auf die Finanzierbarkeit von Zukunftsaufgaben anzuwenden, trieben sie die Staatsverschuldung noch voran.

Ein weiteres Beispiel der Strategie „Versagen durch Verdrängen“ bietet die demographische Entwicklung. Bei ihr findet zweierlei statt: ein „Überalterung“, aber in Anführungszeichen, da viele Menschen länger körperlich und geistig fit bleiben, und eine Unterjüngung, denn es fehlt an Kindern und Jugendlichen.

Nun gehört die Bevölkerungsentwicklung zu den bestens vorhersehbaren Phänomenen. Die Zahl der Auswanderer und die der Zuwanderer sind zwar schwer vorherzusehen; sie verändern aber den Altersaufbau nicht erheblich. Einflussreicher sind sie für die veränderte Zusammensetzung der Grundschule: Die vielen

Zuwanderer, die die hiesige Schul-, Umgangs- und Amtssprache nicht beherrschen, verringern das schulische Lerntempo erheblich.

Auf beide Entwicklungen: den veränderten Altersaufbau und die neue Zusammensetzung der Schulklassen, trifft das Genannte ebenfalls zu: Es gab frühe Warnungen, die aber verdrängt wurden; gelegentlich machte man sich sogar über sie lustig.

Die „Kunst“ des Verdrängens beherrschen auch liberale Intellektuelle. Denn wer traut sich die Frage aufzuwerfen, ob im Rahmen der Migration Deutschland nicht vor allem eine Bildungsunterschicht anzieht, dafür einen erheblichen Teil der Bildungsoberschicht ans Ausland verliert? Von den Hochbegabten, die die Studienstiftung des Deutschen Volkes fördert, leben heute 20% im Ausland, und viele davon mehr als nur vorübergehend. Deutschland, ein Land, das in der Geburtenrate zur negativen Spitze gehört, tritt jedenfalls dem zunehmenden Abwandern der hochqualifizierten Jugend allzu zögerlich entgegen.

Für ein letztes Beispiel zum Thema „Drängen statt Verdrängen“ überschreiten wir unsere Kirchturmsperspektive: Dem regenreichen Mitteleuropa ist fremd, was im Weltmaßstab zu einem drängenden Problem wird: die Wasserknappheit. Während in Mitteleuropa in trockenen Sommern allenfalls das „Komfortwasser“ für Gärten und Autowaschen knapp wird, fehlt es andernorts an lebenswichtigem Trinkwasser, zusätzlich an Wasser für die zum Überleben notwendige Landwirtschaft. Trotzdem wird dieses Problem global gesehen weitgehend verdrängt.

IV. Strategien der Zukunftsfähigkeit

Die Art, wie die Politik mit der Zukunft umgeht, hängt nicht von ihr allein ab. Wichtig sind auch Grundeinstellungen, mit denen wir uns zur natürlichen, zur sozialen und zur personalen Welt verhalten. Sie belaufen sich auf tiefreichende Weichenstellungen, die sich großenteils lange vor der Moderne herausbilden. Derartige Verhaltensmuster erörtere ich in einem zweiten Schritt unter dem Titel „Strategien“. Im wörtlichen Verständnis ist der Strategie ein Feldherr, und Strategie heißt die Art und Weise, wie er einen gesamten Krieg führt. Mittlerweile haben aber die Ausdrücke ihre militärische Bedeutung weitgehend verloren. "Strategie" heißt jetzt die Art und Weise, wie jemand für seine Ziele die verschiedenen Facetten der Macht einsetzt. Die erste Strategie nenne ich die *Noah-Strategie*. Dieser Name erinnert an eine alttestamentliche Erzählung. Das Muster stammt schon aus dem Alten Orient, dem Sintflut-Bericht aus dem Gilgamesch-Epos. Da noch ältere Flutmythen bekannt sind, mittlerweile mehr als 300 Erzäh-

lungen von allen Kontinenten, kommt der Erzählung eine überragende interkulturelle Bedeutung zu.

Zwei Faktoren sind bei der *Noah*-Strategie wichtig. Der eine Faktor liegt im Ausmaß der Notlage; die Sintflut bereitet der Menschheit panische Angst. In Analogie zum GAU, dem größten anzunehmenden Unfall bei technischen Anlagen, kann man hier von der größten aller Katastrophen sprechen („GAK“). Denn was manche Panikmacher heute voreilig behaupten, steht hier tatsächlich auf dem Spiel: das Überleben der Menschheit, zusätzlich der Fortbestand der gesamten landgebundenen Flora und Fauna.

Nach dem anderen Faktor gibt es eine Ausnahme, die einem kleinen Teil der Menschheit und vermutlich auch der gesamten Flora und Fauna einen Neuanfang erlaubt. *Eine* Person wird nämlich verschont. *Noah*, ein *Zaddik*, ein Gerechter, Rechtschaffener, wird wegen seiner Rechtschaffenheit, also aufgrund eigener Leistung, gerettet und mit ihm die Tier- und wohl auch die Pflanzenwelt. *Noahs* Eigenleistung genügt allerdings nicht; es braucht noch ein Wohlwollen seitens der Gottheit.

Filtert man nun die mythischen Elemente heraus, so bleibt eine säkulare Strategie übrig. Auf den ersten Blick besagt sie: In extremer Not rette man lediglich sich, seine Nächsten und das zum Überleben Wichtigste, das übrigens weitsichtig und großzügig verstanden wird. Denn *Noah* nimmt in die Arche nicht nur die essbaren, sondern alle Tierarten auf. Die Pflanzen bleiben dagegen unerwähnt. Ein Grund könnte in der Erwartung ihrer Selbstregeneration liegen. In älteren babylonischen Sintflut-Erzählungen werden zusätzlich alle Künste an Bord gebracht; im Unterschied zu Alt-Israel war Babylonien nämlich eine hochentwickelte städtische Zivilisation, für die die Künste unverzichtbar sind.

Bei *Noah* agiert ein Familienoberhaupt. Wir bestreiten nicht die enormen Unterschiede, die zwischen einer ziemlich homogenen Familie und unserer heterogen-pluralistischen Massendemokratie bestehen. Gleichwohl kann die Demokratie, also ein Gemeinwesen unter Leitung eines gewählten Parlaments und seiner Regierung, die *Noah*-Strategie anwenden. Allerdings sieht die *Noah*-Strategie in ihrer ersten Formulierung so egoistisch aus, dass sie moralische Empörung provoziert.

Die Formulierung ist aber zu korrigieren, da sie nur einen Teil, gewissermaßen die zweite Hälfte der Strategie, ausspricht. Deren erste Hälfte betont die eigene Leistung, die in säkularer, entmoralisierter Weise in Vorsorge besteht. Die *Noah*-Strategie lautet daher genauer: Nicht generell rette man in extremer Not allein

sich, seine Nächsten und das zum Überleben Notwendige. Vielmehr handle man lediglich dort so, wo man auf eigene Leistungen zurückgreift, die die anderen ebenso hätten erbringen können, tatsächlich aber unterlassen haben. Das Kriterium liegt in der rechtzeitigen und zureichenden Vorsorge.

Moralische Einwände tauchen erst andernorts auf. Sie beginnen bei den Schwiegertöchtern, die in der Noah-Erzählung sich selber retten, ihre Eltern und Geschwister dagegen stillschweigend umkommen lassen. In unserer Demokratie werfen ein vergleichbares Problem die Einwohner auf, die keine Bürger sind, noch mehr jene Personen, die als Geschäfts- oder Urlaubsreisende oder als sogenannte Illegale nicht einmal als Einwohner gemeldet sind: Werden sie bei Epidemien mit Impfstoffen gleichberechtigt versorgt? Die Noah-Strategie erhöhe Einspruch. Sie könnte allerdings ihren Einspruch zurückziehen, wenn es eine Absprache auf Gegenseitigkeit oder die internationale Gepflogenheit gibt, dass Bürger, die sich im Ausland befinden, von der ausländischen Regierung gleich wie deren eigene Bürger behandelt werden.

Wie aber verhalte man sich, wenn die Noah-Strategie vollständig zutrifft, das Ausland also keine Mittel zur Versorgung bereitstellt: Darf man andere, wo auch immer das Anderssein beginnt, aus der Hilfe ausschließen? Wenn man den Pflichtbegriff nicht von vornherein moralisch versteht, kennt die Moralphilosophie für die Hilfspflicht vier Verpflichtungsgründe mit abnehmender Verpflichtungsstärke, aber zunehmender Verpflichtungsweite.

Die Hilfspflicht beginnt beim aufgeklärten Selbstinteresse: Man hilft aus Vorteilsgründen. Die Grundstufe der Moral und zugleich der zweite Verpflichtungsgrund besteht in dem Anteil, deren Anerkennung die Menschen einander schulden, der Gerechtigkeit. Diese verlangt dort zu helfen, wo man eine Not mitverursacht hat, was auf die Noah-Strategie aber nicht zutrifft. Der dritte Verpflichtungsgrund, die Solidarität, erweitert die Verpflichtung. Sie ist nämlich dort gefragt, wo „man im selben Boot sitzt“. Das Muster der Solidarität bildet die Not- und Gefahrengemeinschaft. Ebenfalls fällt ein gemeinsames Eigentum, ein Kollektiveigentum, darunter. Insofern die Menschheit die Erde samt deren Früchten miteinander teilt, handelt es sich zunächst, *vor* der Aufteilung an einzelne Individuen oder Gruppen, um ein Kollektiveigentum, dem gegenüber die gesamte Menschheit als eine Solidargemeinschaft anzusprechen ist.

Genau zu bestimmen, wann man im gemeinsamen Boot sitzt, fällt zwar nicht leicht. Deshalb kann es großzügigere und kleinlichere Deutungen geben. Zwei Gesichtspunkte sollten aber zutreffen: dass eine ähnliche Not, zum Beispiel eine

Naturkatastrophe oder eine Epidemie, andere Teile der Menschheit ebenso treffen könnte; und dass das Zustandekommen der Not nicht deutlich selbst verschuldet ist.

Ein Gegenbeispiel gegen eine Solidaritätspflicht: Wer sich gegen vorhersehbare Fluten nicht durch Deichbau schützt oder die Funktionsfähigkeit der gebauten Deiche nicht sicherstellt, kann sich im Fall der Not nicht auf Solidarität berufen. War aber das Ausmaß der Flut nicht annähernd zu erwarten, war vielleicht nicht einmal überhaupt mit einer Flut zu rechnen, so handelt es sich um eine jener Naturkatastrophen, vor der die Menschheit überall auf der Erde heimgesucht werden kann. Selbst dort, wo das Solidaritätsargument greift, droht noch die Gefahr der Einseitigkeit: dass der Notleidende die Solidarität der Hilfsfähigen einfordert, ohne seinerseits anderen, wenn diese in Not geraten sind, zu helfen.

Auf den ersten Blick scheinen unsere Solidaritätsbedingungen auf die Noah-Situation zuzutreffen. Denn die Flut überschwemmt die gesamte Erde, so dass die Gemeinschaft der Erdenbewohner gefordert ist. Der zweite Blick korrigiert. Es gibt nämlich zwei deutlich unterschiedene Gruppen, die daher, vom Bild der Solidarität aus betrachtet, in zwei getrennten Booten sitzen: Zum einen Boot gehören die verderbten, zum anderen die rechtschaffenen Menschen. Weniger moralisierend gesagt, sitzen dort diejenigen, die die Vorsorge töricht versäumt, hier, die sie klugerweise getroffen haben.

Greift auch das Solidaritätsargument nicht, so gibt es noch einen vierten Verpflichtungsgrund: Dort, wo man weder eine Not mitverschuldet hat noch im selben Boot der Notgemeinschaft sitzt, besteht die allgemeine moralische Hilfespflicht. Als Tugendpflicht zur Wohltätigkeit gehört sie zu den verdienstlichen Mehrleistungen. Dabei wird die Verpflichtungsweite vergrößert, sogar ins Unbegrenzte ausgedehnt: Wo immer eine Not ist, bei der man helfen kann, wird die Tugend-Hilfespflicht aktuell. Es versteht sich, dass niemand alle Not in aller Welt beheben kann. Aus diesem Grund ist die Pflicht zur Wohltätigkeit eine sogenannte unvollkommene, das heißt nicht immer und zu jeder Zeit erfüllbare Pflicht.

Unser knapper Durchgang durch die möglichen Verpflichtungen zeigt also, dass die auf den ersten Blick unmoralische, zumindest aber hartherzige Noah-Strategie es auf den zweiten Blick nicht zu sein braucht.

Bedroht eine extreme Katastrophe, ein Unheil, die gesamte Menschheit auf eine Weise, dass sich kein Teil partikular retten kann, so bedarf es einer eigenen Strategie, der *Propheten-Strategie*. In der Umgangssprache heißt zwar Prophet, wer

in die Zukunft zu blicken vermag: der Seher oder Weissager. Für den klassischen Propheten ist anderes wichtiger: die Warnung vor einem Unheil, das sich aber durch Umkehr vermeiden, zumindest abschwächen lässt.

Zweifellos erfüllt heute die Klimadebatte die wichtigsten Bedingungen: Es droht eine Katastrophe, die die Betroffenen, die Menschheit, mit verursachen und die sie durch Umkehr verhindern, zumindest hochgradig abschwächen können.

Sollen die Menschen schmerzlich große Veränderungen vornehmen, müssen sie ihre „natürlichen“ emotionalen Einstellungen in moralisch aufgeklärte Grundhaltungen umwandeln. Für diese Umwandlung braucht es entsprechend große Anreize. Beim Klimaschutz haben sie die Gestalt eines negativen Anreizes, sogar dessen stärkster Form, eines Zwangs. So weit die von ihnen behauptete Faktelage zutrifft, schlagen Klimaschützer zu Recht Alarm und rütteln mit ihrer Warnung vor den katastrophalen Folgen die Verantwortlichen hoffentlich rechtzeitig auf. In Hysterie umschlagen sollte der Alarm freilich nicht.

Dass man sich nicht bloß Sorge macht, sondern Alarm schlägt, hat als zweiten Grund die Mediengesellschaft, in der man notwendigerweise um Aufmerksamkeit kämpft. Gegen die üblichen Themen, meist Tagesereignisse von Innen- und Außenpolitik, setzen sich langfristige Aufgaben wie der Klimaschutz generell schwer durch. In die Schlagzeilen kommt er nur bei erhöhter Alarmstufe, die allerdings berechtigt sein muss. Denn gelangt wegen Fehleinschätzungen eine Entwarnung in die Schlagzeilen, so entwickelt die Öffentlichkeit gegen den Klimaalarm Widerstandskräfte, die sich zu einer Immunisierung steigern können.

Die durch einen berechtigten Alarm ausgelöste Reaktion ist nicht in jedem Fall „zukunftsfähig“. Wo nur Angst herrscht, könnte man es mit einer verkürzten Noah-Strategie versuchen und nur an sich, an das eigene Überleben und Wohleben, denken. Beim Klimaschutz hilft diese Strategie aber nicht. Eine Region mag sich zwar über eisfreie Häfen freuen, der aus der Erwärmung der Atmosphäre folgende Kollektivschaden dürfte aber so groß sein, dass spätestens die zu erwartenden Nebenfolgen wie Lebensmittelknappheit infolge von Dürren oder große Flüchtlingsströme so gut wie überall auf der Welt zu spüren sein werden. Daher drohen die beiden anderen Gefahren bloßer Angst, dass man entweder wie gelähmt ist und gar nicht reagiert oder dass man sich in eine Hysterie steigert, die suboptimale, sogar falsche Reaktionen gebiert, zunächst falsche, nämlich verkürzte oder verzerrte Diagnosen und ihretwegen entsprechend falsche Therapien.

Diesen Gefahren entkommt nur, wer ein emotionales Gegengewicht schafft. Die Sorge vor Unheil sollte sich mit der Zuversicht verschwistern, das Unheil lasse

sich bewältigen. Eine derartige, rationale Zuversicht stützt sich strukturell gesehen auf dreierlei. Als erstes braucht es diese Zuversicht, die sich mit der nötigen Bereitschaft verbindet. Man muss sich auf eine Umkehr, hier auf den kulturellen Wandel vom ressourcenintensiven zum ressourcensparenden Lebensstil, einlassen.

Zweitens muss man Alternativen zum bisherigen Lebensstil herausfinden. Es sind Gegenmaßnahmen, die man derzeit vor allem im politisch sensiblen Bereich, der Energie, sucht, während man den Faktor Wald bzw. Pflanzendecke weitgehend ausspart. Zu kurz kommt auch, die Frage, wie weit man die Energie im eigenen Land bereitstellen kann, damit man möglichst wenig von anderen Ländern, zumal von Ländern abhängt, die nicht die Kriterien rechtsstaatlicher Demokratie erfüllen.

Schließlich darf die Klimaschutzpolitik der Wirtschaft nicht die Existenzgrundlage entziehen. Die einschlägigen Überlegungen bewegen sich jedenfalls allzu oft nur im Kreis von Klima – Energie – Klima. In Wahrheit braucht es das Viereck „Klima, Energie, politische Abhängigkeit oder Unabhängigkeit und Volkswirtschaft“. Noch sachgerechter ist ein um den Wald bzw. die Pflanzendecke und zusätzlich um die Weltbevölkerung erweitertes Sechseck. Jedenfalls braucht es eine „systemische“ Betrachtung, die sich auf die größeren Zusammenhänge einlässt.

Merkwürdigerweise wird in diesen Debatten auch ein weiterer Faktor verdrängt, bestenfalls in den Hintergrund geschoben: dass der Klimaschutz braucht, was letztlich erst eine Weltrechtsordnung sichern kann; es bedarf eines nachhaltigen Friedens.

V. Ist die Demokratie zukunftsfähig?

Muss man aus den in Abschnitt IV erwähnten Monita schließen, dass die Demokratie nicht bloß hier und da, sondern im Kern gefährdet ist? Zwei Argumentationsreihen sollten hier genügen. Die erste besteht in einer Art Vorbemerkung:

Nach einer verbreiteten Legende gelten Demokratien als reformunfähig; zumindest herrsche in ihnen ein Reformstau. Tatsächlich sind zahlreiche Teilgebiete, etwa Schulen und Hochschulen, die Sozialversicherungen, die Steuergesetze und der Bundesstaat sowie der Umweltschutz vielfach reformiert worden. Nicht Reformunfähigkeit ist vorzuwerfen, sondern allenfalls, dass man die falschen Reformen durchführen oder die richtigen überhastet, ohne reife Überlegung

und sensible Durchführung. Derartige Vorwürfe, im Fall des Bologna-Prozesses allerdings hochberechtigt, gehören in den üblichen politischen Streit.

Wer nur auf die funktionalen Imperative schaut, zusätzlich auf den in Bundesstaaten wie Deutschland fast dauerhaften Vorwahlkampf, nicht zuletzt auf die Schwierigkeit schaut, Zukunftsbelange organisationsfähig zu machen, könnte schier verzweifeln. Denn die Chancen, im Finanz-, Sozial- und Umweltbereich die gegenwartsfixierte Gesellschaftspolitik durch Generationengerechtigkeit zu ersetzen, erscheinen als denkbar schlecht.

Ein fairer Blick tritt aber dem Verzweifeln entgegen. Wie eine Gesellschaft mit weniger Jugendlichen und mehr Älteren auf Dauer aussehen wird, kann heute niemand wissen. Verbreitet ist die Befürchtung, angesichts weniger junger Menschen verliere sie zwangsläufig an Innovationskraft. Die Wirklichkeit entkräftet die Befürchtung.³ Denn auf der einen Seite führt der Gesetzgeber die Pflegeversicherung ein. Auf der anderen Seite entwickelt die Bürgergesellschaft eine derart vielfältige Hilfe, dass man sie als „Wunder gegen den Zeitgeist“ ansehen darf: Seit etwa 1980 steigt die Freiwilligenhilfe; die Zahl der Nachbarschaftsvereine und der Selbsthilfegruppen wächst; die Hospizbewegung, die Aidshilfe und die Familienpflege erstarken. Nicht zuletzt tragen Bürgerstiftungen zum Gemeinwohl bei, brechen also die Dominanz von Eigennutz und Marktorientierung auf. Andere Probleme bleiben freilich noch zu lösen. Erneut sind beide Seiten, die traditionelle Politik und die Bürgergesellschaft, gefordert: Weil niemand gern in eine Altersheim geht, sind Hilfen zu schaffen, die einem neuen Muster folgen: Statt den Menschen zur Hilfe, bringe man lieber die Hilfe zum Menschen.

Ich komme zu einer zweiten Argumentationsreihe, einer für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie vorläufigen Bilanz: Rhetorisch eindrucksvoller wäre jene eindeutige Bilanz, die die Demokratien entweder für schlechthin zukunftsfähig oder aber im Gegenteil für rundum zukunftsunfähig erklärt. In Wahrheit muss man sich die Vereinfachung versagen: Weder verdient die reale Demokratie das pure Lob, noch ist bloße Schelte angebracht.

Die erste, am schwersten zu überwindende Barriere ist nicht demokratiespezifisch. Dass uns die Zukunft nicht so viel wie die Gegenwart wert ist, diese sogenannte Diskontierung der Zukunft, trifft alle Gemeinwesen, auch Nichtdemokratien.

3 Vgl. exemplarisch *Backes-Gellner, U./Veen, S.* (Hg.): Altern in Deutschland. Band 3: Altern, Arbeit und Betrieb, Nova Acta Leopoldina N.F., 101 (2009); *Börsch-Supan, A.* u. a. (Hg.): Altern in Deutschland. Band 4: Produktivität in alternden Gesellschaften, Nova Acta Leopoldina N.F., 102 (2009).

Wer dagegen nicht bloß an morgen oder übermorgen, sondern fast an die Ewigkeit denkt, der schafft Werke, die ebenso fast für die Ewigkeit Bestand haben. Er baut beispielsweise jene Tempel, Burgen, Kirchen und Paläste oder er legt jene Plätze, Gärten und Parks an, die die Menschen über Jahrhunderte, mancherorts sogar Jahrtausende bewundern. Hier, bei der Gelände-, Stadt- und Landschaftskultur, scheinen Demokratien kleinlich zu sein. In Nichtdemokratien sieht es aber kaum anders aus. Im übrigen darf man nicht die vielen Museen vergessen, manches Theater- und Operngebäude, auch Rathäuser, nicht zuletzt Brückenbauten, die auf funktionsspezifische Weise demokratische Offenheit mit ästhetischem Anspruch verbinden. Und in einer so wichtigen Zukunftsaufgabe, dem Natur- und Umweltschutz, sind Demokratien den Nichtdemokratien meist überlegen.

Gegenwartsbezogen, nicht selten sogar gegenwartsfixiert sind Demokratien wegen des begrenzten Zeithorizonts. Die Tagespolitik verlangt eine medienwirksame Selbstinszenierung, Medien haben aber ein kurzes Gedächtnis. Weiterhin ist man von Meinungsumfragen abhängig und von der ständig „vor der Tür“ stehenden nächsten Wahl. Zusätzlich verlaufen politische Karrieren relativ kurz. Gewählte Politiker stehen selten länger als zwei oder drei Amtsperioden im ersten Glied. Begrenzt ist auch der Zeithorizont sowohl der Wähler als auch der Medien. Ferner lassen sich Zukunftsinteressen schwerer organisieren als Gegenwartsinteressen. Einen Rentnerbund kann man leichter und schlagkräftiger aufbauen als eine Gesellschaft zur langfristigen Sicherung der Rentensysteme.

Glücklicherweise gibt es Gegenkräfte: Um die „operative Kurzsichtigkeit“ zu überspielen, delegiere man bestimmte Verantwortungen an unabhängige Organisationen, etwa an die Bundesbank, das Bundesgesundheitsamt und an ein Kartellamt. Auch beruft man wissenschaftliche Beratungsgremien und meldet sich eine politisch selbstbewusste Öffentlichkeit zu Wort.

Außerdem darf man nicht erneut in den Fehler einer hedonischen Diskontierung verfallen, nämlich der Gefahr, selbstverständliche Zukunftsleistungen für gering zu erachten: Trotz der Bedrohung durch das organisierte Verbrechen sichern unsere Demokratien zwei der wichtigsten Zukunftsgüter noch ziemlich erfolgreich: den Rechtsfrieden im Inneren und den äußeren Frieden zumindest mit den Nachbarn. Trotz gelegentlicher Streiks und anderer Proteste ist auch der soziale Friede kaum gefährdet. Selbst die neuartigen Schwierigkeiten, der Terrorismus und die Integrationsschwächen vieler Zuwanderer, gefährden weder den inneren Frieden noch die Rechtssicherheit in einem kollektiv bedrohlichen Ausmaß.

Mindestens sieben weitere Zukunftsgüter sind erheblich gesichert: ein unparteiliches Gerichtswesen und eine weithin korruptionsfreie Verwaltung, eine die Bürgerinteressen nicht ganz vernachlässigende Gesetzgebung, ein zufriedenstellendes Existenzminimum, zahlreiche Bildungsangebote, eine weithin zuverlässige materielle Infrastruktur (vom Wasser über Strom und Telekommunikation bis zu Verkehrswegen) und, vom Ausland beneidet, eine ziemlich gute medizinische Versorgung. Derartige Zukunftsgüter sind allerdings so selbstverständlich geworden, dass man den überragenden Wert nicht immer hinreichend schätzt; weithin gesichert sind sie gleichwohl.

Bei einem anderen Stichwort, dem Standortbewerb, sprechen zwar rein ökonomisch gesehen zwei Kostenfaktoren gegen viele Demokratien: Weil die meisten ziemlich wohlhabend sind, haben sie hohe Lebens- und Lohnkosten, und noch einmal höher liegen diese Kosten wegen des guten Sozial- und Gesundheitswesens sowie eines schon relativ guten Umweltschutzes. Aus höherrangigen Gründen, wegen der Sozial- und der Umweltstaatlichkeit, wollen die betreffenden Staaten diesen Preis aber zahlen. Und bei den sogenannten Schwellenländern zeichnen sich ähnliche Ansprüche ab.

So verbleiben im Standort-Wettbewerb die anderen Faktoren, für die sich pauschale Begriffe eingebürgert haben: das Humanvermögen, die materielle Infrastruktur, das Rechtskapital und das Kulturkapital sowie die Steuerlast und bürokratische Hindernisse: Bürokratische Hindernisse fallen jedoch in den Nicht-Demokratien oft weit höher aus, wobei mancherorts die Verantwortlichen noch eine „Erfolgsprämie“, sprich: Bestechungsgeld, erwarten. Beim Rechtskapital sind die Demokratien wegen ihrer Gesetzgebung, dem verlässlichen Gerichtswesen und der (weithin) korruptionsfreien Verwaltung deutlich überlegen, während in der Steuerlast die Demokratien untereinander konkurrieren. Beim Sozialkapital besitzen zumindest hinsichtlich der öffentlichen Vernunft die meisten Demokratien vor den Nicht-Demokratien einen deutlichen Vorsprung. Beim Humanvermögen, bei der materiellen Infrastruktur und beim Kulturkapital pflegt er sogar noch größer auszufallen.

Überblickt man diese Faktoren, so ist eine vorsichtig positive Bilanz erlaubt: Über eine stupende Zukunftsfähigkeit verfügen unsere Demokratien nicht. Ohnehin sollten sie wieder demokratischer werden und den Charakter eines autistischen Subsystems aufgeben. Sie besitzen aber schon jetzt Ressourcen, mit denen Nichtdemokratien schwerlich mithalten können: eine engagierte Bürgerschaft, ein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau, ihretwegen einen Wissensvorsprung und einen Wirtschaftsvorsprung, nicht zuletzt einen Legitimationsvor-

sprung. Und die fraglos bestehenden Defizite an Zukunftsfähigkeit vermag ein zusätzlicher Vorsprung, der selbstkritische Lernvorsprung, inskünftig noch stärker auszugleichen.

VI. Alternativen zum materiellen Wohlstand

In meiner letzten Überlegungsreihe suche ich zum materiellen Wohlstand Alternativen und kann mich hier auf interkulturelle, überdies interepochale Gemeinsamkeiten berufen. Schon vor mehr als drei Jahrtausenden wendet sich ägyptische Lebensweisheit insofern gegen den Reichtum, als sie Habgier und Geiz verwirft.⁴ Einer der Sieben Weisen Griechenlands, Periander von Korinth, erklärt noch schärfer: „Gewinn: etwas Schimpfliches“.⁵ Ein anderer der Sieben, Thales von Milet, sagt zurückhaltender: „Sei nicht reich auf schimpfliche Weise“.⁶

Die Philosophie bekräftigt diese Kritik. Ohne einen moralisierenden Unterton unterscheidet sie verschiedene Stufen, namentlich funktionale Ziele und Endziele. Werden nun funktionale Ziele zu Endzielen pervertiert, so setzt man sein wahres Endziel, ein gelungenes, glückliches Leben aufs Spiel. Genau dieser Perversion erliegt, wer letztlich nur nach materiellem Wohlstand strebt. Denn der Mensch lebt zwar gern „im Wohlstand“, aber nicht „um des Wohlstandes willen.“

Zugegeben: materieller Wohlstand ist der Inbegriff gegenwärtiger Mittel, um seine künftigen Bedürfnisse und Interessen zu erfüllen. Hinzu kommt ein emotionaler Gewinn, ein Sicherheitsgefühl: Da der Mensch in die Zukunft schaut, kann ihn nämlich schon heute der Hunger von morgen plagen. So erfüllt der materielle Wohlstand einen doppelten Dienst. Direkt dient er dem Genus von morgen, indirekt dem heutigen Genus, nämlich der Überwindung der gegenwärtigen Angst.

Trotzdem sind Geld und dessen Großbesitz, der Reichtum, von ihrem Begriff her nur ein Mittel zum Zweck, sogar bloß ein sekundäres Mittel, nämlich ein Mittel, um sich Mittel wie Güter und Dienstleistungen zu besorgen. Im Übrigen führt ein zweiter Weg noch sicher zum Wohlstand: Auch derjenige ist reich, dem jede Geldgier fehlt, und wohlhabend, wer sich von Kaufrausch und Status-Konsum frei macht.

4 Höffe, O. (Hg.): Lesebuch zur Ethik, 4. Aufl., München, 2007; hier: Nr.1 und Nr. 11.

5 Ebd., Nr. 45.

6 Ebd.

Bevor an ein sentimentales Lob der Armut anstimmt, vergesse man aber nicht, dass es fast nichts Entwürdigenderes gibt als die ständige Sorge um das tägliche Brot. Wer Geld verachtet, ist in der Regel ein Heuchler oder ein Narr. Denn zu recht sagt *Voltaire*: „*L'argent ne fait pas le bonheur, mais sans l'argent le bonheur n'est qu'une farce*“ (Geld schafft kein Glück, aber ohne Geld ist das Glück eine Farce).

Ohnehin erliegt nicht jedes Streben nach Wohlstand der genannten Pervertierung. Wie die Biographien so reicher Personen wie der *Fuggers*, *Rothschilds* oder *Rockefellers* zeigen, geht es oft genug um anderes, und damit treten Alternativen in den Blick. Viele suchen den Erfolg, zusätzlich Macht und nebenbei ein angenehmes Leben. Nicht selten trifft die böse Diagnose aus *Toni Morrisons* Roman *Liebe* zu: „Die Reichen mochten sich benehmen wie die Haie, aber was sie im Inneren antrieb, war der Hunger eines Kindes nach Süßigkeiten [...] Verehrung, Gehorsam und allezeit Spaß.“⁷

Andere Ziele sprengen diese Grenzen: Durch Großzügigkeit gewinnt man sich Freunde, durch gesteigerte Großzügigkeit, durch Mäzenatentum, sogar öffentliche Achtung. Sozial-, Kultur- und Wissenschaftsstiftungen wie die Bosch-, Gates-, Rockefeller- und Fritz Thyssen-Stiftung, aber auch kleinere Stiftungen halten die Großzügigkeit ihrer Stifter über viele Generationen in Erinnerung.

Was folgt daraus? Materieller Wohlstand mag hilfreich sein, für das Lebensglück entscheidend ist er nicht. Infolgedessen ist beides unklug, für den Nichtreichen den Reichen zu beneiden und für den Reichen, sich für glücklicher zu halten. Die Glücksforschung liefert zwei eindrucksvolle Bestätigungen, die eine: „Obwohl die Menschen im Westen immer reicher werden, sind sie keineswegs glücklicher geworden.“⁸ Die andere Bestätigung: Im Ländervergleich leben in armen Ländern wie Indonesien, Kolumbien und Mexiko prozentual ähnlich viele glückliche Menschen wie im Durchschnitt der reichen Industrienationen.⁹ Und die Lebenserfahrung eines bis vor kurzem mächtigen Industrieführers bekräftigt es: Wer nicht hat, was letztlich zählt, beispielsweise eine treue Familie und echte Freunde, ferner erfüllende Tätigkeiten wie Spiel und Sport, Musik und weitere kulturelle Aktivitäten, erlebt beim Absturz aus Amt und Ansehen ein menschliches Desaster.

7 *Morrison, T.*: *Liebe*, Reinbek, 2004, 65.

8 *Layard, R.*: *Die glückliche Gesellschaft. Kurswechself für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt/M., 2005, 13.

9 *Ebd.*, 46.

Damit sind im Vorübergehen schon Alternativen genannt. Eine Alternative, Freundschaft, ist nicht bloß von persönlicher Bedeutung. Ein Kirchenvater der politischen Philosophie, *Aristoteles*, hält die Freundschaft für wichtiger als die Gerechtigkeit, denn ein Gemeinwesen lebt aus vielfältiger Kooperation. Von Berufskontakten und Geschäftsverbindungen über sportliche, soziale, kulturelle und wissenschaftliche Gemeinschaften bis zu Verwandtschaften und Nachbarschaften wird jene „Entscheidung, miteinander zu leben“, praktiziert, in der die Freundschaft besteht (*Politik*, III 9, 1280b 36-39).

Auch heute treten in einer Bürgerschaft, die diesen Namen verdient, Momente von „*civic friendship*“, von (staats-) bürgerlicher Freundschaft, zutage. Ihr politisch wichtigster Ausdruck besteht im Bürgerengagement, das sich mittlerweile zur erwähnten Bürgergesellschaft verdichtet hat. Die Bürgergesellschaft wendet sich gegen den Staat, der die Bürger zu gängeln neigt und dabei seine Legitimation überdehnt, der sich überdies vorhersehbar überfordert. Wer ehrenamtlich tätig ist, hilft nicht bloß den Adressaten. Seine Tätigkeit aktiviert berufliche Kenntnisse und Kompetenzen; sie entfaltet organisatorische und soziale Fähigkeiten; man erfährt Dankbarkeit und insgesamt, was im Leben zum wichtigsten gehört: Selbstachtung und Achtung durch andere.

Betrachten wir zwei weitere Alternativen, als erstes die Arbeitsplätze: Diente die Arbeit bloß dem Lebensunterhalt, so könnte eine wohlhabende Gesellschaft sie einem Teil der Bevölkerung überlassen und den anderen Teil unter dem schönen Titel „Bürgerlohn“ alimentieren. In der heutigen Welt leistet sie aber weit mehr. Das Mehr beginnt mit der Bildung und Ausbildung: Um für einen Arbeitsplatz Chancen zu haben, braucht es Kenntnisse und Fähigkeiten, einschließlich der Fähigkeit zum beruflichen und sozialen Weiterlernen. Nötig sind auch Einstellungen wie Arbeitswille und Kooperationsbereitschaft, nicht zuletzt Kreativität und Mobilität. Lediglich der Berufsfähigkeit dienen all diese Erfordernisse aber nicht. Sie helfen auch, Begabungen zu entfalten und sie zu bewundernswerten Höchstleistungen fortzubilden.

Aus diesen Gründen ist die unverzichtbare Anerkennung in hohem Maße von der Berufs- und Arbeitswelt her bestimmt. Das aufgeklärte Selbstinteresse widerspricht deshalb einmal mehr der Überbewertung des materiellen Wohlstands. Es drängt die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik beides zu prämiieren: auf seiten der Volkswirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen und auf seiten der Individuen, jene Suche nach ihnen, die auch Mühen und Durststrecken in Kauf nimmt.

Nicht zuletzt verstößt eine Politik, welche die der Vollbeschäftigung entgegenstehenden Strukturprobleme verdrängt, gegen die Gerechtigkeit. Denn sie zieht die Besitzer von Arbeitsplätzen den Besitzlosen und die heutigen Besitzern den künftigen vor. Wer sich immer noch auf eine Konkurrenz von Arbeit und Kapital fixiert, übersieht nicht bloß den hohen Kapitaleinsatz, den es für qualifizierte Arbeitsplätze braucht. Er verkennt auch die der Arbeitnehmerseite interne Konkurrenz: Zu hohe Schutzbestimmungen für Arbeitsplatzbesitzer schränken die Chancen für Arbeitssuchende empfindlich ein.

Eine weitere Alternative erinnert an *Albert Camus*, an seine nachgelassene Autobiographie. Dort lobt er seine Volksschule, denn sie nährte „den Hunger, der für das Kind noch wesentlicher war als für den Mann, der Hunger nach Entdeckung“. Jener Denker, der sowohl im islamischen als auch im christlichen Mittelalter schlicht „der Philosoph“ genannt wird, *Aristoteles*, bringt die auf den anthropologischen Begriff: „*Pantes anthrôpoi tou eidenai oregontai physei*: Alle Menschen verlangen nach Wissen von Natur aus.“ (*Metaphysik*, Einleitungssatz)

Bei beiden Denkern, bei *Aristoteles* und bei *Camus*, ist der Hunger nach Entdeckung an keinen Nutzen gebunden. Diese Übereinstimmung enthält eine Botschaft, welche die der Bildung dienenden Natur- und Geisteswissenschaften der globalen Welt vermittelt: Zum Menschen gehört eine nutzenfreie Wissbegier. Ihretwegen sind Geisteswissenschaften, aber auch Mathematik und Naturwissenschaften „*humanities*“, nämlich Tätigkeiten, in den sich das Humanum des Menschen zeigt.

„*Humanities*“ sind sie aber auch, nehmen wir exemplarisch die Geisteswissenschaften, in der zweiten Bedeutung, dass sie so gut wie den gesamten Reichtum der Menschheit entschlüsseln: die ganze Fülle von Texten, Bildern und Gebäuden, von Musik und Tanz, von Rechtsordnungen und sozialen Strukturen, und all dies von Kulturen aller Welt.

Eine weitere Leistung hat den Charakter der Aufklärung und ist für die globale Welt unverzichtbar. Die Geisteswissenschaften helfen, von der eigenen Kirchturmperspektive frei zu werden. Diese Emanzipation verspricht eine erfreuliche politische Nebenwirkung. Kommt sie großen Teilen der Bevölkerung zugute, so löst sie sich aus der engstirnigen Fixierung auf die eigene Kultur, und aus der Kenntnis des Fremden entstehen wie von selbst Offenheit und Toleranz. Aus diesem Grund ist die entsprechende Bildung nicht bloß ein Bürgerrecht, sondern ebenso eine Bürgerpflicht. Jedes Gemeinwesen hat den Bürgern diese Bildung sowohl zu ermöglichen als auch zuzumuten. Und der Weltgemeinschaft obliegt

die Aufgabe, alle Kulturen zu drängen, Neigungen zur imperialen Selbstüberschätzung aufzugeben und sich in eine zumindest rechtliche Anerkennung der Anderen und des Anderen zu fügen.

Die zweite erfreuliche Nebenwirkung: Wegen der gesunkenen Wochenarbeitszeit und der gestiegenen Rentenzeit ist der Anteil an der nichtlohnorientierten Lebensgestaltung erheblich gewachsen. Zusammen mit dem hohen Bildungsstand der Bevölkerung ergibt sich daraus ein großer Bedarf an geisteswissenschaftlichen Angeboten. Mit den sogenannten Freizeitparks halten sie leicht mit: Museen und Ausstellungen sind überfüllt, Kulturreisen begehrt, und der Ruf nach Seniorenuniversitäten ertönt immer stärker.

Nicht zuletzt wird man für Dinge sensibel, um deren willen es sich lohnt, geboren zu sein und sich auch Verzicht zu engagieren, für so wesentliche Dinge wie Philosophie und Literatur, wie Musik, bildende Kunst und Architektur.

Diese Dinge sind aber nicht bloß von persönlicher Bedeutung. Eine Gesellschaft lebt aus Gemeinsamkeiten, die in der Regel mit jener Sprache (oder wohldefinierten Mehrsprachigkeit) beginnen, in der die Rechtstexte formuliert und im Parlament sowie in der Öffentlichkeit debattiert werden. In deren Hintergrund steht eine reiche philosophische, literarische, soziale und vor allem Rechtskultur. Mit der Wirtschaft verdient eine Gesellschaft ihren Lebensunterhalt, mit Recht, Menschenrechten und Demokratie genügt sie dem Leitwert der Gerechtigkeit. Ihren Zusammenhalt findet sie aber über die Sprache, über Wissenschaft und Philosophie, nicht zuletzt über Musik, Architektur und Kunst.

Für nähere Überlegungen samt weiterführender Literatur siehe Höffe, O.: Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik, München, 2009 sowie ders.: Lebenskunst und Moral. Oder: Macht Tugend glücklich?, München, 2007 (Taschenbuch 2009).